



Bericht aus Berlin

5 / 2013

Viel Freude bei der Lektüre meines Berichts aus Berlin wünscht Ihnen

Ihr

Peter Götz

Aus dem Bundestag

Große Erfolge bei Haushaltskonsolidierung

Das Bundeskabinett hat die Eckwerte für den Regierungsentwurf des Bundeshaushalts 2014 und der mittelfristigen Finanzplanung bis 2017 beschlossen. Anschließend informierte Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Die Eckwerte zeigen die großen Erfolge der schwarz-gelben Koalition bei der Haushaltskonsolidierung: 2014 erreichen wir einen strukturell ausgeglichenen Haushalt. Die ursprünglich für 2014 geplante Neuverschuldung wird von 13,1 Milliarden auf 6,4 Milliarden Euro gedrückt. Und ab 2015 wird der Bund keine neuen Schulden mehr machen, sondern mit der Altschuldentilgung beginnen. Der SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück und Parteichef Sigmar Gabriel propagieren stattdessen in dem am Montag dieser Woche vorgestellten Wahlprogramm der SPD zur Haushaltskonsolidierung nur wachstumsfeindliche Steuer- und Abgabenerhöhungen. Und in NRW hat Rot-Grün sogar drei Mal einen verfassungswidrigen Haushalt vorgelegt. Die Koalition zeigt indes, dass der Bundeshaushalt auf hervorragendem Weg ist und die Schuldenbremse übererfüllt werden kann. Ein wesentlicher Grund für diese Erfolge ist die strikte Ausgabendisziplin. 2014 will der Bund rund 297 Milliarden Euro ausgeben und damit gut fünf Milliarden Euro weniger als in diesem Jahr und sogar zehn Milliarden Euro weniger als im vergangenen Jahr. Bei steigenden Steuereinnahmen ist das eine besondere Leistung, weil die Wünsche nach Mehrausgaben normalerweise überproportional steigen. Diese Tatsachen widersprechen auch der Behauptung der Opposition, dass der Koalition die Haushaltserfolge in den Schoß fallen. „Wir wollen die erfolgreiche wachstumsfreundliche Konsolidierung fortsetzen und die richtigen Ausgabenschwerpunkte wie im Bereich Bildung und Forschung und bei den Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur beibehalten“. „Damit wir in den Folgejahren mit der Tilgung der Altschulden beginnen können, brauchen wir weiterhin gute wirtschaftliche Rahmenbedingungen. Deshalb werden wir den Weg der Bundeskanzlerin und des Bundesfinanzministers

zur Stabilisierung der Eurozone weiter unterstützen. Abgeordnete der Unionsfraktion haben ebenfalls an diesem Mittwoch anlässlich einer Aktuellen Stunde im Deutschen Bundestag die rot-rot-grüne Mehrheit im Bundesrat scharf kritisiert, weil diese die Umsetzung des europäischen Fiskalpaktes in nationales Recht blockiert. Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, Steffen Kampeter, sagte, es werfe ein seltsames Licht auf Deutschland, wenn es in Europa für stabile Finanzen eintrete, aber wegen des Föderalismus zu Hause ein entsprechendes Gesetz nicht umsetze. Der Bund werde aber unabhängig von den „taktischen Spielchen der Länder“ seine Verpflichtungen in Europa einhalten. Hintergrund: Der Fiskalpakt, den alle EU-Mitgliedstaaten außer Großbritannien und Tschechien vereinbart haben, sieht strikte Haushaltsdisziplin und eine Schuldenbremse nach deutschem Vorbild vor. Bundeskanzlerin Angela Merkel hatte sich besonders für den Fiskalpakt als Gegenstück zum europäischen Rettungsschirm stark gemacht. Da 17 der beteiligten 25 EU-Mitglieder den Fiskalpakt ratifiziert haben, ist er formal bereits in Kraft. Die Länderkammer, in der seit der Niedersachsen-Wahl SPD, Grüne und Linke die Mehrheit haben, lehnt das Gesetz zur Umsetzung des Fiskalpaktes nun ab. Nun müssen Bundestag und Bundesrat im Vermittlungsausschuss nach einem Kompromiss suchen.

Für eine chancengerechte Gesellschaft

Im Bundestag wurde ferner der Armuts- und Reichtumsbericht 2013 beraten. Der Bericht stellt richtigerweise nicht die Verteilung von Einkommen und Vermögen in den Vordergrund, sondern die soziale Durchlässigkeit unserer Gesellschaft. Für die christlich-liberale Koalition ist Chancengerechtigkeit der Dreh- und Angelpunkt in der Gerechtigkeitsdebatte. Der größte Erfolg im Kampf für mehr soziale Gerechtigkeit entsteht dadurch, dass Arbeitsplätze geschaffen werden. Weitere Informationen: www.bmas.de

Koalition...

Eine Koalition ist ein zeitlich begrenztes Bündnis von Parteien, regelmäßig für die Dauer einer Wahlperiode. In Mehrparteiensystemen sind Koalitionen nötig, um stabile Regierungen zu bilden. Denn nur selten verfügt eine Partei allein über die absolute Mehrheit an Mandaten im Parlament, die zur Regierungsbildung nötig sind. Koalitionen müssen aber nicht zwingend über parlamentarische Mehrheiten verfügen: Es gibt auch Minderheitsregierungen, die sich auf Koalitionen stützen.

Nachrichten

Bundesbauminister besucht in Baden-Baden die Cité

Auf Einladung des Bundestagsabgeordneten Peter Götz besuchte Bundesbauminister Peter Ramsauer in der Kurstadt die Cité. Ramsauer lies sich von Oberbürgermeister Wolfgang Gerstner und Markus Börsig, Geschäftsführer der Entwicklungsgesellschaft Cité, über die Verwandlung von der ehemaligen Siedlung der französischen Streitkräfte in den neuen attraktiven Stadtteil informieren.



Ramsauer zeigte sich beeindruckt und lobte die Cité als Vorzeigemodell für Deutschland.

Mehr Informationen:

<http://www.cite-baden-baden.de/>

www.goetzpeter.de

Klares Bekenntnis zu Stuttgart 21

Nach der Entscheidung des Bahn-Aufsichtsrates zum Weiterbau von Stuttgart 21 am 5. März 2013 haben an diesem Mittwoch auf Wunsch der Koalition im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer, der Aufsichtsratsvorsitzende der Deutschen Bahn AG Utz-Hellmuth Felcht sowie der Vorstandsvorsitzende Rüdiger Grube über die Kostenentwicklung beim Bahnprojekt Stuttgart 21 berichtet. Nach der Sitzung erklärte der zuständige Berichterstatter der Unionsfraktion Stefan Kaufmann: „Wer bestellt, muss auch zahlen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion fordert die Projektpartner – das Land Baden-Württemberg, den Verband Region Stuttgart und die Stadt Stuttgart – auf, die Verantwortung für die Mehrkosten zu übernehmen. Aufgrund der Schlichtungsgespräche mit Heiner Geißler und des Filderdialogs sind weitere Wünsche an das Bauprojekt in einer Bausumme von 300 Millionen Euro entstanden – diese Mehrkosten müssen solidarisch getragen werden. Sonst müssten die Projektpartner den Menschen in der Region eingestehen, welche Bauvorhaben storniert werden müssten: die zweigleisige westliche Anbindung des Flughafenbahnhofs, die Ausrüstung aller Strecken mit doppelter Leitungs- und Sicherungstechnik, der Erhalt der Gäubahn mit Anbindung an den Bahnknoten Stuttgart. 240 Millionen zusätzliche Kosten entstehen allein aus dem Filderdialog. Hier hat die neue Landesregierung in Baden-Württemberg in einem

komplizierten Verfahren Bürgerinnen und Bürger eingeladen, sich an den Planungen für einen verbesserten Abschnitt auf den Fildern zu beteiligen – mit dem Ergebnis einer weitaus teureren Variante, die die Verlegung des geplanten Flughafen-Bahnhofs fordert. Es ist politischer Opportunismus, sich mit den Lorbeeren einer erfolgreichen Schlichtung und des Filderdialogs zu schmücken, die finanziellen Konsequenzen jedoch an die Deutsche Bahn und den Bund abzuschieben. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion fordert die Projektpartner auf, sich ihrer Verantwortung zu stellen.“ Hintergrund: CDU und CSU begrüßen das klare Bekenntnis zum Weiterbau von Stuttgart 21. Die Union steht zu Stuttgart 21 als einem Bauprojekt im nationalen und europäischen Interesse und mit einer enormen volkswirtschaftlichen Bedeutung.



Die AG Kommunalpolitik widmete sich in dieser Sitzungswoche dem Kreislaufwirtschaftsgesetz und seinen Auswirkungen in der Praxis. Hierzu berichteten Katherina Reiche, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesumweltministerium, Hans-Joachim Reck, Geschäftsführendes Präsidialmitglied VKU und Dr. Eric Schweitzer, Vorstandsvorsitzender der ALBA Group.

Einige interessante Daten und Fakten...

Interesse an Stasi-Aktion auch 2012 ungebrochen

Insgesamt 88.231 Anträge auf persönliche Akteneinsicht gingen im Jahr 2012 beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU) ein. Im Vergleich zum Jahr 2011 (80.611 Anträge) zeigt diese Zahl das gestiegene Interesse an einem Zugang zu den Unterlagen einer Geheimpolizei. Im Bereich der Akteneinsicht für Forschung und Medien wurden 1.430 Anträge gestellt. Seit 1992 wurden somit 2.918.325 Anträge auf persönliche Einsicht und 27.730 Anträge auf Akteneinsicht für Forschung und Medien gestellt.

(Quelle: BStU)

Deutschland erfüllt Klimaschutzziele

Obwohl 2011 acht Atomkraftwerke vom Netz gingen, sind die Treibhausgasemissionen in Deutschland im gleichen Jahr gesunken. Gegenüber dem Vorjahr 2010 nahmen die Emissionen um 2,9% ab. Dies entspricht 27 Millionen Tonnen Kohlendioxid-Äquivalenten. Der Nationale Inventarbericht des Umweltbundesamtes weist aus, dass die größten Minderungen bei den Feuerungsanlagen zur Raumwärmeerzeugung erfolgten, wobei vor allem die Emissionen der privaten Haushalte sanken. Zwar verflacht der Minderungstrend in den letzten Jahren – für 2012 wird im Vergleich zum Vorjahr nach vorläufigen Berechnungen wieder ein leichter Anstieg der Treibhausgasemissionen prognostiziert – dennoch konnten die Emissionen gegenüber 1990 um fast 27% gemindert werden. Damit hat Deutschland sein Klimaschutzziel mehr als erfüllt: Mit der Unterzeichnung des Kyoto-Protokolls hatte Deutschland sich verpflichtet, seine Treibhausgasemissionen im Durchschnitt der Jahre 2008 bis 2012 um 21% unter das Niveau von 1990 zu senken.

(Quelle: Umweltbundesamt)

Akademisches Austauschprogramm ERASMUS schreibt Rekordzahlen

Mehr als 33.000 Studierende aus Deutschland haben im Hochschuljahr 2011/2012 mit dem ERASMUS-Programm der Europäischen Union einen Teil ihres Studiums oder ein Praktikum im europäischen Ausland absolviert. Dies entspricht einem Anstieg von über 3.000 Studierenden im Vergleich zum Vorjahr 2011. Zudem beteiligten sich fast 4.000 deutsche Wissenschaftler sowie Hochschulangehörige im letzten Jahr an dem akademischen Austauschprogramm der Europäischen Union. Umgekehrt kamen im gleichen Jahr über 30.000 Personen von ausländischen Partnereinrichtungen mit ERASMUS an deutsche Hochschulen. Von dieser Internationalisierung der Universitäten profitieren auch die Studierenden, denen aus verschiedenen Gründen keine Auslandserfahrung möglich ist.

(Quelle: Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD))